

---

# Langsame Erdrosselung: Kuba unter Trump

---

Von SANDRA WEISS

---

Eigentlich ist Raúl Castro, einer von drei noch lebenden historischen Anführern der kubanischen Revolution, schon längst im Ruhestand. Seit 2019 ist Miguel Díaz-Canel der Vorsitzende des Staats- und Ministerrates; 2021 zog sich Raúl Castro dann auch noch als Parteivorsitzender zurück. Und dennoch, wenn es kriselt - und das tat es in den vergangenen Jahren oft in Kuba - taucht der 94-Jährige wieder in der Öffentlichkeit auf. Wohl um seinem glücklosen Nachfolger, der dem Land eigentlich immer nur Hiobsbotschaften überbringt, den Rücken zu stärken.

Zuletzt erschien Raúl Castro am 15. Januar dieses Jahres in der Öffentlichkeit, in einem besonders harten Moment für die Revolution: An diesem Tag wurden die Überreste der 32 kubanischen Militärs in Havanna entgegengenommen, die bei der US-Militäroperation in Venezuela ums Leben gekommen waren. Die meisten von ihnen hatten den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro verteidigt, der mittlerweile in einem New Yorker Gefängnis auf einen Prozess wegen Drogenhandels wartet.

Die Beisetzung der Gefallenen ist eine besonders bittere Niederlage in einem kritischen Moment für Kuba. Wenn es nach der Vorstellung von US-Präsident Donald Trump geht, symbolisiert sie vielleicht sogar den Todesstoß für das sozialistische Regime. Berauscht vom einfachen Durchmarsch in Venezuela hofft Trump auf einen Ehrenplatz in der US-Geschichte, sollte es ihm gelingen, auch noch Kuba zu Fall zu bringen. Denn die

kommunistische Insel, keine 90 Seemeilen von Florida entfernt, die Bündnisse mit Iran, Russland und China geschlossen hat, ist ein geopolitisches Ärgernis für die Supermacht. Kuba sei als Nächstes dran und werde »in Kürze« fallen, verkündete Trump. Darauf warten die US-Falken und die mit ihnen verbündeten radikalen Exilkubaner:innen schon seit 66 Jahren. Nach einer raschen Kapitulation Kubas sieht es derzeit allerdings nicht aus.

Momentan bringen sich beide Seiten für einen Zermürbungskrieg in Stellung. Seit 1962 haben die USA ein Handelsembargo gegen die Karibikinsel verhängt. So drastisch durchgesetzt wie derzeit wurde es aber noch nie. Trumps Verbündeter in der Kuba-Offensive ist Außenminister Marco Rubio. Er ist ku-

banischer Abstammung, bekennender Kommunistenhasser, und sein Heimatbundesstaat Florida ist eine Hochburg der antikommunistischen Exilkubaner:innen.

Rubio hat zudem Präsidentschaftsambitionen. Sollte ihm der Husarenstreich gelingen, an dem bislang 14 US-Präsidenten gescheitert sind, würde ihn das für die Nominierung der Republikaner gut positionieren. Das Ziel von Trump und Rubio ist klar: Das Ende des kommunistischen Regimes und die Installierung einer Marionettenregierung nach venezolanischem Modell, die den USA nach der Pfeife tanzt, die Insel für US-Wirtschaftsinteressen öffnet und sich von China und Russland

---

SANDRA WEISS, geb. 1967 in Esslingen, ist Politologin (IEP Paris) und Ex-Diplomatin, lebt in Mexiko und arbeitet von dort als freie Korrespondentin für Lateinamerika.

---

lossagt. Trump nennt das Ganze »freund-schaftliche Übernahme«. Seine Methode: wirtschaftliche Erdrosselung.

#### »Freundschaftliche Übernahme«

Die USA haben im Januar ein Erdölembargo verhängt, das auch Kubas enge Verbündete davon abhält, weiter Öl zu liefern. Niemand will Strafzölle oder eine militärische Konfrontation mit der Supermacht in der Karibik riskieren - zumal Trump vor seiner Militäraktion gegen Venezuela mehrfach Öltanker kapern ließ, weil diese gegen das von ihm verhängte Embargo verstoßen haben sollen. Da Kuba nur rund ein Drittel seines Erdölbedarfs selbst produziert, haben die ausbleibenden Lieferungen drastische Auswirkungen: Auf Kuba gehen buchstäblich die Lichter aus, der Verkehr kommt fast zum Erliegen, Schulen, Krankenhäuser und Behörden arbeiten nur auf Sparflamme.

auf die lateinamerikanischen Länder aus, die kubanische Ärzt:innen beschäftigen und für diese Devisen überweisen: Honduras, Guatemala, Paraguay und mehrere Karibikinseln kündigten inzwischen ihre Dienstleistungsverträge mit dem kubanischen Staat. Damit bricht auch ein drittes Standbein der kubanischen Wirtschaft weg.

Diesmal hat Kuba so schlechte Karten wie noch nie: Das Regime hat in einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung seinen Rückhalt verspielt. Es ist auch wirtschaftlich geschwächt: Mehr als eine Million Kubaner:innen haben seit der Pandemie die Insel verlassen, vor allem die jüngeren Generationen im besten Arbeitsalter. Die Bevölkerungszahl ist von einst elf auf neun Millionen Menschen geschrumpft. Und keines der ausländischen Bruderländer ist bereit zu einer Machtprobe mit den USA. Russland stoppte einen Öltanker, der auf dem Weg nach Kuba war, und verspricht stattdessen, Tourist:innen zu schicken. Die Familiendiktatur in Nicaragua erklärte sich zwar solidarisch mit Kuba, rettet aber erst einmal ihre eigene Haut: In der Hoffnung, Trump zu beschwichtigen, strich die Familie Ortega Murillo die Transitvisa für Kubaner:innen, die zehntausende in den vergangenen Jahren zur Auswanderung in die USA genutzt hatten. China verurteilte Trumps »inhumane Aktionen« zwar scharf und versprach 80 Mio. US-Dollar Soforthilfe und 60 000 Tonnen Reis. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die humanitäre Hilfe, die auch Mexiko schickt, Berichten zufolge nicht bei der notleidenden Bevölkerung landet, sondern für Unsummen in den von der Elite kontrollierten Devisenläden verschербelt wird. Das schürt den Unmut auf der Insel. Immer wieder kommt es zu spontanen Protestkundgebungen, die allerdings rasch und brutal unterdrückt werden.

Trump hat auf den ersten Blick die besseren Karten: Die USA sind militärisch haushoch überlegen, kontrollieren die Karibik und können über Strafzölle Druck

---

## »Das kubanische Regime hat in einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung seinen Rückhalt verspielt.«

---

Auf den Straßen türmt sich der nicht abgeholte Müll, und in den Kühlschränken verderben Lebensmittel. Viele Kubaner:innen packen die Fächer aus, kochen wieder mit Holz und Kohle und halten Hühner und Schweine in Hinterhöfen - wie schon in der harten, entbehrungsreichen Zeit Anfang der 1990er Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Unter solchen Umständen kommt der Tourismus, ein wichtiger Devisenbringer, ebenfalls zum Erliegen. Kuba hat im Februar bekannt gegeben, dass es Flugzeuge nicht mehr auftanken kann, und hat begonnen, die verbliebenen Urlauber:innen in einigen wenigen staatlichen Hotels zu gruppieren. Alle anderen wurden geschlossen, das Personal nach Hause geschickt. Trump übt zudem massiv Druck

---

auf Kubas wichtigste Handelspartner ausüben und so die Insel isolieren. Dennoch ist Kuba schwieriger zu knacken als Venezuela. Eine Militäroption hat nicht nur Trump ausgeschlossen, sondern auch seine Berater halten dies für wenig zielführend. Der kubanische Polizeistaat ist nach kommunistischem Muster aufgebaut und funktioniert ganz anders als die Mafiacliquen in Venezuela. Während die wirtschaftliche Macht beim Militär liegt - besonders über die Holding Gaesa, die Tourismus, Infrastruktur und Außenhandel kontrolliert (und damit rund 35 Prozent der kubanischen Wirtschaft) -, obliegt die politische Führung der Partei. Der Staatsrat unter Führung von Diaz-Canel ist lediglich ausführendes Bindeglied. Es gibt keine klaren, charismatischen Führungsfiguren, nicht im Regime und nach sechs Jahrzehnten Einparteiherrschaft schon gar nicht in der Opposition.

Nach wochenlangen Versuchen der USA, einen Keil zwischen Militär und Partei zu treiben, lichtet sich der Nebel Mitte März. Präsident Diaz-Canel gab in einer TV-Ansprache bekannt, dass es erste Kontakte zwischen beiden Ländern gebe. Kubas Führung bleibt also geschlossen. Die US-Regierung will Medienberichten zufolge erst einmal über die Liberalisierung der Wirtschaft reden und fordert US-Beteiligungen bei strategischer Infrastruktur wie Häfen und Telekommunikation. Keine Rede sei von politischem Pluralismus, Wahlen und Demokratie. Also mehr oder weniger das Venezuela-Skript, nur ohne militärische Intervention: Ein Pakt mit der aktuellen Elite, die ihre Privilegien behalten darf, wenn sie diese mit US-Firmen teilt und die US-Vormacht in der Karibik anerkennt.

### **Drei Szenarien für eine Transition**

Wie also könnte eine Transition in Kuba aussehen? Es gibt verschiedene Szenarien: Eine Option ist der osteuropäische Weg des Übergangs zu einer offenen Marktwirtschaft und liberaler Demokratie. Davon träumen einige Exilkubaner:innen

und Kongressabgeordnete, doch dafür wäre zumindest mittelfristig eine Massenmobilisierung der Bevölkerung unter einer starken oppositionellen Führung nötig, um die Kommunistische Partei und das Militär zu Zugeständnissen zu zwingen. Nichts davon ist in Sicht. Dies würde zudem mit dem Verlust der Privilegien der Eliten einhergehen. Dem entgegen steht der sehr effiziente Repressionsapparat, der bislang keine Schwächen zeigt.

---

## »Kuba ist schwieriger zu knacken als Venezuela.«

---

Ein solches Szenario würde auch geopolitische Risiken mit sich bringen wie massive Migration oder eine Explosion des Drogenhandels. Deshalb ist diese Option nicht nur für die kubanische Führung inakzeptabel, sondern auch für US-Strategen problematisch.

Die zweite Option wären Reformen nach dem chinesisch-vietnamesischen Modell: eine marktwirtschaftliche Öffnung für kleine und mittlere Unternehmen im Einzelhandel bei gleichzeitiger Beibehaltung der politischen Kontrolle durch die Kommunistische Partei. Dieses Modell hatte Raúl Castro bereits in den 1990er Jahren während der Sonderperiode favorisiert. Damals gelang es ihm aber nicht, es in letzter Konsequenz gegen den Widerstand der Partei und seines Bruders Fidel durchzusetzen. Auf Phasen der Öffnung folgten immer wieder solche der Verhärtung. Derzeit wird etwa die Hälfte des Einzelhandels von privaten Unternehmen kontrolliert. Unter US-Druck scheint diese Option nun wieder aufzuleben. Diaz-Canel kündigte kürzlich wirtschaftliche Reformen an, darunter die Zulassung von öffentlich-privaten Partnerschaften - bis vor kurzem noch ein Tabu. Diese Option würde neuen wirtschaftlichen Akteuren Türen öffnen, ohne einen kompletten Kontroll- und Privilegienverlust der Eliten zu bewirken. Reformen

---

und eine Zulassung von US-Unternehmen würden eine zentrale Forderung Trumps nach einem »wirtschaftlichen Deal« erfüllen. Das könnte, sofern Kredite fließen und der Handel zwischen beiden Ländern anspringt, mittelfristig wirtschaftlichen Druck von der diskreditierten Partei nehmen. Als Regimewechsel könnten Trump und Rubio das aber nur schwer verkaufen.

Die dritte Option ist das russische Modell, bei dem aus dem alten Staatsapparat und dem Militär eine neue Oligarchie entsteht, die sich Kontrolle über Staatsunternehmen sichert und über ihre alten Netzwerke Staat und Wirtschaft maßgeblich kontrolliert. Auch dieses Modell würde Teilen der aktuellen Eliten den

tär den pragmatischen Fortgang der Wirtschaft nach US-Vorgaben garantieren würde. Mittelfristig dürfte aus der neuen Oligarchenschicht eine neue Elite hervorgehen, was mit entsprechendem Narrativ in den USA als Regimewandel verkauft werden könnte. Diese Art der Transition ist aber schlechter zu kontrollieren.

Derweil spielt das kubanische Regime auf Zeit in der Hoffnung, dass Trump sich mit Iran übernimmt, im Herbst eine Schlappe im Kongress erleidet und dann das Interesse an Kuba verliert. Die Strategie heißt offiziell »kreativer Widerstand«. Diaz-Canel appelliert an das Durchhaltevermögen der Bevölkerung und den Nationalstolz, hält Militärübungen ab, priorisiert grundlegende staatliche Dienstleistungen bei der Energieversorgung und will den Ausbau erneuerbarer Energien fördern. Flankiert wird das von einem harten Repressionskurs, um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Gleichzeitig bitten hochrangige kubanische Delegationen händeringend im Ausland um Unterstützung und versuchen, sich aus dem Würgegriff der USA zu lösen - mit gewissem Erfolg: Nach massiver internationaler Kritik an seiner Erdrosselungsstrategie verkündete Trump Ausnahmen vom Ölembargo. So darf venezolanisches Öl an Kuba verkauft werden unter der Voraussetzung, dass die Geschäfte unter US-Aufsicht von Privatleuten oder humanitären Organisationen abgewickelt werden und der Bevölkerung zugutekommen, nicht dem Staat.

Der US-kubanische Machtkampf geht also derzeit in eine neue Runde. Ein Blitzkrieg ist nicht zu erwarten, eher eine zähe Schachpartie, die aufs Endspiel zusteuert. Nicht immer gewinnt dabei derjenige mit der besseren Position oder den stärkeren Figuren. Auch die Zeit ist ein entscheidender Faktor. Es gibt viele Unwägbarkeiten, aber dass es beim Status quo auf Kuba bleibt, ist unwahrscheinlich. Dafür hat das bankrotte kubanische Regime zu wenige Optionen, dafür haben sich Trump und Rubio zu weit aus dem Fenster gelehnt. ◻

---

## »Das kubanische Regime spielt auf Zeit in der Hoffnung, dass Trump sich mit Iran übernimmt und im Herbst eine Schlappe im Kongress erleidet.«

---

Machterhalt inklusive persönlicher Bereicherung garantieren und könnte die von den USA geforderte Marktöffnung erfüllen. Allerdings bliebe dabei nicht nur die Bevölkerung, sondern blieben auch viele Mitglieder des Staatsapparats auf der Strecke. Eine Schlüsselrolle in diesem Szenario spielt das Militär, eine tragende Säule der Revolution. Die alte, ideologisch stramme Garde versteht sich als ihr Wächter; junge Offiziere wurden oft von westlichen Beratern ausgebildet und stellen eine gut ausgebildete und nicht unbedingt sehr politisierte Technokraten-schicht von Managern und Ingenieuren. Schon in der Vergangenheit kooperierten das US-amerikanische und kubanische Militär bei Fragen der Katastrophenprävention, Migrations- und Drogenkontrolle. Man kennt sich also. Für die USA hätte dieses Modell den Vorteil, dass ein Pakt mit dem hierarchisch strukturierten Mili-